

Ressort: Politik

Widerstand gegen Neuwahl wächst in der SPD weiter

Berlin, 22.11.2017, 13:04 Uhr

GDN - In der SPD-Bundestagsfraktion gibt es große Vorbehalte gegen die von Parteichef Martin Schulz favorisierte Neuwahl. Der Sprecher der ostdeutschen SPD-Abgeordneten im Bundestag, Stefan Zierke, nannte eine Neuwahl "die allerletzte Option", die den Wählern nur schwer zu vermitteln sei.

Vielmehr sei eine große Koalition nach wie vor möglich: "Neben einer Minderheitsregierung sind auch Gespräche über eine große Koalition denkbar, wenn wir uns über die Bedingungen einig sind", sagte Zierke der Funke-Mediengruppe. "Die Wünsche der Wähler lassen sich besser umsetzen, wenn man an der Regierung beteiligt ist." Der Vorsitzende der mächtigen Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, Achim Post, mahnte dazu, sich Zeit zu nehmen und nach anderen Lösungen zu suchen: "Wir müssen uns langsam daran gewöhnen, dass die 70er Jahre der alten Bundesrepublik zu Ende sind", sagte Post der Funke-Mediengruppe. "Es ist eben etwas mühsamer und zuweilen langwieriger Regierungsmehrheiten zu bilden, wenn sechs Fraktionen im Parlament sind." Auch die Vorsitzende der SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg, Katja Mast, plädierte für Ruhe und Besonnenheit: "Es besteht kein Grund zu Hektik und zu überstürzten Entscheidungen." Man müsse zunächst das Gespräch zwischen Schulz und dem Bundespräsidenten abwarten. Sachsen-Anhalts SPD-Chef Burkhard Lischka empfiehlt seiner Partei, auf die CDU zuzugehen: Das Scheitern einer Jamaika-Koalition habe "zu einer schwierigen Situation geführt, sagte Lischka der "Heilbronner Stimme" (Donnerstagsausgabe). Wir dürfen Deutschland und Europa keine monatelange Hängepartie zumuten. Ich würde meiner Partei daher empfehlen, auf die CDU zuzugehen und - abseits der Bildung einer Großen Koalition - ihr konkrete Angebote beispielsweise für die Gestaltung eines Haushalts 2018 zu unterbreiten." Lischka fügte hinzu: "Wir können uns etwa in den Bereichen Digitalisierung, dem Erhalt von Verkehrsinfrastruktur und Investitionen in gute Bildung und in unsere Kommunen keinen Stillstand erlauben. Stillstand wäre Rückschritt. Das gilt auch für die Europapolitik: Wir dürfen der europäischen Gemeinschaft nicht zumuten, dass Deutschland in einer monatelangen Schockstarre keine Entscheidungen mehr trifft. Insofern sollte die SPD in den nächsten Wochen auch hier der CDU eine Zusammenarbeit anbieten, die es erlaubt, jetzt in Europa die Weichen richtig zu stellen." Der SPD-Politiker sagte: "Ich verstehe dies auch als Beitrag der SPD, den öffentlichen Eindruck zu vermeiden, wir würden uns in die Schmollecke zurückziehen." "Allerdings halte ich die Fortsetzung der Großen Koalition weiterhin für problematisch. Dieses Bündnis ist eindeutig abgewählt worden, wir können das nicht ignorieren und jetzt so weitermachen, als wäre nichts passiert. Das würde den Volksparteien weiter schaden und den extremen Rändern weiter Zulauf bescheren."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-98014/widerstand-gegen-neuwahl-waechst-in-der-spd-weiter.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com